

Antrag

Initiator*innen: VV (beschlossen am: 13.05.2026)

Titel: Keine Rückkehr zu alten Rollenmustern – ZdK
bekräftigt Geschlechtergerechtigkeit

Antragstext

1 Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)
2 bekräftigt Geschlechtergerechtigkeit als verbindliche politische Leitlinie ihres
3 kirchlichen und gesellschaftlichen Engagements. Sie verpflichtet sich, in allen
4 Stellungnahmen, Debatten und Arbeitszusammenhängen systematisch darauf
5 hinzuwirken, dass geschlechtsbezogene Rollenvorstellungen, z.B. Frauenbilder,
6 hinterfragt und die Vielfalt selbstbestimmter Lebensentwürfe gestärkt werden, um
7 keiner religiösen, kulturellen oder politischen Instrumentalisierung Vorschub zu
8 leisten, die die Gleichberechtigung sowie gleichberechtigte Teilhabe
9 einschränkt.

10 Die Antragskommissionen des ZdK prüfen im Rahmen der Sichtung und Vorbereitung
11 eingehender Anträge die Wahrung der Geschlechtergerechtigkeit und die
12 Verschränkung mit weiteren Diskriminierungsdimensionen wie sozialer Herkunft,
13 ethnischer Zuschreibung, Behinderung, Alter, geschlechtlicher Vielfalt oder
14 sexueller Identität ausdrücklich mit und legt diesen Maßstab ihrer inhaltlichen
15 Bewertung zugrunde.

Begründung

Einleitung

Geschlechtergerechtigkeit ist seit vielen Jahren eine zentrale politische Linie des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Sie verbindet die Anerkennung der unantastbaren Würde aller Menschen mit dem Einsatz für gleiche Rechte, gleiche Teilhabe und gleiche Verantwortung von Frauen und Männern in Kirche

und Gesellschaft.

Katholische Frauenverbände engagieren sich auf dieser Grundlage für Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen, insbesondere dort, wo strukturelle Benachteiligung, Abhängigkeit und Ausgrenzung wirksam werden. In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um Rollenbilder von Frauen sehen die Antragstellerinnen Entwicklungen, die diesem geschlechtergerechten Anspruch widersprechen und politische wie kirchliche Gegenpositionen erforderlich machen.

Hintergründe / Argumentation

In gesellschaftlichen und digitalen Diskursen gewinnen derzeit retraditionalisierte Frauenbilder an Sichtbarkeit. Insbesondere die Verklärung sogenannter „Tradwifes“ stellt die Rückkehr zu klassischen Rollenzuschreibungen – Hausfrauenideal, Unterordnung, einseitige Verantwortung für Sorgearbeit – als erstrebenswertes Leitbild dar. Diese Bilder sind nicht lediglich private Lebensentwürfe, sondern entfalten politische Wirkung, indem sie Gleichstellung relativieren und emanzipatorische Errungenschaften infrage stellen.

Aus der Perspektive katholischer Frauenverbände ist deutlich: Geschlechtergerechtigkeit ist keine Nebendimension kirchlichen Handelns, sondern eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Frauen sind strukturell weiterhin benachteiligt – ökonomisch, politisch und institutionell, auch innerhalb kirchlicher Kontexte. Retraditionalisierung verschärft diese Ungleichheiten, indem sie bestehende Machtverhältnisse stabilisiert und Verantwortung asymmetrisch verteilt.

Weihbischof Ludger Schepers hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Kirche alte Rollenbilder hinter sich lassen muss und dass eine Rückkehr zu festen Geschlechterzuschreibungen kein harmloser Trend, sondern ein Problem für Freiheit und Gleichberechtigung ist. Diese Einschätzung korrespondiert mit den Erfahrungen der sozialen und verbandlichen Praxis von katholischen Frauenverbänden: Frauen geraten dort unter Druck, wo traditionelle Rollenvorstellungen als moralische Normen gesetzt werden.

Besonders kritisch ist der Umstand, dass retraditionalisierte Frauenbilder mitunter religiös aufgeladen werden. Christliche Begriffe von Familie, Hingabe oder „weiblicher Berufung“ werden genutzt, um Geschlechterhierarchien zu legitimieren. Damit wird der grundlegende Anspruch einer geschlechtergerechten Kirche konterkariert, der Frauen als eigenständige Subjekte mit gleichen Rechten und gleicher Verantwortung anerkennt.

Katholische Frauenverbände verstehen Geschlechtergerechtigkeit ausdrücklich politisch: als Einsatz gegen strukturelle Benachteiligung, gegen ideologische Verengungen von Frauenrollen und gegen jede Form der Instrumentalisierung von Religion zur Einschränkung weiblicher Selbstbestimmung. Diese Haltung ist integraler Bestandteil der politischen Identität des ZdK und muss in aktuellen gesellschaftlichen Debatten sichtbar bleiben.